

9. November 2013: Demonstration in Duisburg

Stellen wir uns dem rassistischen Mob entgegen: Solidarität + Gleiche Rechte für alle!

Der 9. November 1938, die „**Reichspogrom-Nacht**“ war das Fanal des Hitlerfaschismus zum gewaltsamen Terror und Völkermord gegen die jüdische Bevölkerung. Regierungsprogramm des deutschen Faschismus war die Vernichtung der „*Juden*“ und die Vernichtung der „*Zigeuner als europäische Fremdrassen*“. Die Deportation von Roma und Sinti in die KZ begann 1939 aus den bereits 1935 eingerichteten „*Sammellagern*“. Über eine halbe Million Roma und Sinti wurden im deutschen Völkermord umgebracht.

Für den 9. November im Jahre 2013 ruft in Duisburg die offen rassistische **PRO NRW Partei** zu zwei Kundgebungen auf. In ihrem Aufruf verknüpfen sie heuchlerisch und auf das übelste die Reichspogromnacht mit **rassistischer Hetze** gegen Flüchtlinge: *„Wir werden mit einer Schweigeminute der Opfer des nationalsozialistischen Pogroms vor 75 Jahren gedenken und gleichzeitig auf die Gefahren der geplanten Flutung der NRW-Kommunen mit Asylbewerbern hinweisen. Die Vergangenheit darf uns nicht daran hindern, in der Gegenwart das Richtige zu tun.“* (PRO NRW) Das „*Richtige in der Gegenwart*“ ist für PRO NRW **das Anheizen faschistischer Pogromstimmung**.

Zu Beginn der 1990er Jahre brach der Ostblock zusammen und kriegerischer Konflikte mehrten sich. **Bürgerliche Parteien von CDU bis Grünen** machten die angebliche „*Asylantenschwemme*“ und den „*Asylmissbrauch*“ zum Top-Thema. Der **braune Nazi-Mob schritt zur Tat**: Wohnhäuser von MigrantInnen und Lager für Flüchtlinge gingen in Flammen auf. Jagd auf MigrantInnen, Flüchtlinge, Roma und Sinti bis hin zu Morden ist bis heute bundesdeutscher Alltag. Der Boden für die faktische Abschaffung des Asylrechtes 1993 wurde so vorbereitet. Seitdem läuft der **Ausbau der Festung Europa und das Aufputschen deutsch-rassistischer Haltungen** in der werktätigen Bevölkerung.

In den letzten Jahren wurde wieder **eine neue Diffamierungs-Kampagne** gestartet: Nicht nur von PRO NRW, NPD etc. sondern auch von bürgerlichen Parteien und Medien, gegen Flüchtlinge, MigrantInnen und insbesondere gegen Roma aus osteuropäischen Staaten. **Auch in Duisburg**. Die Stadt: wirtschaftlich ausgeblutet, hohe Erwerbslosigkeit und Verelendung. Bevölkerungsschichten wie MigrantInnen, Roma und Sinti werden dafür zu „*Sündenböcken*“ gemacht. Nicht wenige AnwohnerInnen, deutsche Spießbürger, aber auch Werkstätige schließen sich rassistischen Hetzparolen an und „handeln“. Alltag sind: Rassistische Kundgebungen so am 5. Oktober in Duisburg-Neumühl, tätliche Angriffe, **Brandstiftung**, so am 8. Oktober in Duisburg-Homburg in einem von Roma und Sinti bewohnten Haus. Frauen und Kinder wurden dabei verletzt.

Roma und Sinti in Europa: Verfolgt ... seit über 600 Jahren

Heute leben 10-12 Millionen Roma und Sinti in verschiedenen Staaten Europas. Seit Jahrhunderten sind sie BürgerInnen in Europa und die größte ethnische Minderheit. Sie wird in **allen EU Ländern stigmatisiert**, ausgegrenzt und verfolgt. Oberstes Ziel europäischer, auch deutscher staatlicher Politik gegenüber Roma und Sinti ist ihre **Zwangsassimilierung**. Sie sollen mit allen staatlichen, polizeilichen Mitteln gezwungen werden **ihre eigene Identität und Kultur aufzugeben**. Zerschlagung der Familienverbände, Zwang zur Sesshaftigkeit, Wegnahme von Kindern um staatliche Erziehungsziele durchzusetzen, und Nichtanerkennung der Roma/Sinti Sprachen, usw. Nach dem faschistischen Völkermord 1945 wird in Deutschland die Stigmatisierung von Roma und Sinti bruchlos fortgesetzt. Mit Gerichtsurteilen wurden Entschädigungsforderungen jahrzehntelang erfolgreich „*abgeschmettert*.“ In einem Bundesgerichtshofurteil von 1956 wird in der Logik nazifaschistischer Rassentheorien die Ausrottungspolitik des Hitlerfaschismus gerechtfertigt: *„Faßt man den Runderlaß des Reichsführers SS ... vom 8.12.1938 ins Auge, dann läßt gerade er jedoch erkennen, dass trotz Hervorhebung rassenideologischer Gesichtspunkte nicht die Rasse als solche der Grund für die darin getroffenen Anordnungen bildet, sondern die bereits erwähnten asozialen Eigenschaften der Zigeuner. Die Zigeuner neigen zur Kriminalität, besonders zu Diebstählen und Betrügereien. Es fehlen ihnen vielfach die sittlichen Antriebe zur Achtung von fremdem Eigentum, weil ihnen wie primitiven Urmenschen ein ungehemmter Okkupationstrieb eigen ist.“*

Bis heute hält dieses Denkmuster an und wir jeden Tag neu produziert: Rassistische Plakate der NPD „*Geld für Oma, statt für Sinti und Roma*“ hetzen, mit Staatsgeldern finanziert, im Bundestagswahlkampf.

2013 werden in Frankreich Roma und Sinti gewaltsam aus ihren Bleiben vertrieben. In Italien, in Spanien, Irland und Schweden werden sie diskriminiert und entrechtet. In Ungarn, Rumänien, Tschechien werden Roma gettoisiert und brutalster Verfolgung ausgesetzt. Pogrome in Rumänien, die als „nicht staatliche Verfolgung“ eingestuft werden, sind kein Asylgrund in Deutschland!

Rassismus im Stadtrat Duisburg – Pro NRW schreitet zur Tat

Innenminister Friedrich ist Vorreiter der Verschärfung von „Maßnahmen“ gegen Roma und Sinti. Friedrich forderte 2012 schärfere Regeln für Roma aus Serbien und Mazedonien. 2013 für Roma und Sinti aus Bulgarien, Ungarn, Rumänien und Tschechien. Sie alle, so Friedrich kommen aus „sicheren Herkunftsstaaten“. Pogrome in Rumänien, die als „nicht staatliche Verfolgung“ eingestuft werden, sind kein Asylgrund in Deutschland! Schnellverfahren des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge entscheiden innerhalb von 3 Tagen über ihre Asylybegehren.

Aber auch SPD/Grüne und selbst DIE LINKE, wenn sie in „politischer Verantwortung“ steht, tragen diese Politik mit. In dem gemeinsamer Antrag „Zuwanderung aus Südost-Europa“ der **rot-rot-grünen Kooperation (SPD/LINKE/GRÜNE)** im Stadtrat Duisburg bejubeln sie sich zunächst selbst: „Der Rat lobt die Leistungen und Bemühungen des Oberbürgermeisters, seiner MitarbeiterInnen, der städtischen Gesellschaften und der Sozialverbände und Vereine, die sich aus der Zuwanderung ergebenden sozialen und ordnungspolitischen Probleme im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten zu lösen.“ Wofür? Für überfüllte und menschenunwürdige Unterbringungen? Die Klischees von den renitenten Flüchtlingen, Roma und Sinti werden bedient. Zwischen integrationswilligen und integrationsunwilligen Zuwanderern wird unterschieden: „Die konzentrierte Unterbringung von Zuwanderern **führt zu zahlreichen Problemstellungen** innerhalb von Nachbarschaften. Um dies vor Ort abzumildern, wird die GEBAG beauftragt, dem **Rat** als Gesellschafter kurzfristig ein dezentrales Unterbringungskonzept **für integrationswillige Zuwanderer** unter Einbeziehung ihrer Leerstände vorzulegen.“ Zu dem Wohnblock in Duisburg-Rheinhausen, indem 1500 Menschen in 74 Wohnungen eingepfercht sind heißt es: „Der besonderen Problemstellung im Bereich Ordnung und Sicherheit rund um das Haus ‚In den Peschen‘ ... muss Rechnung getragen werden. Deshalb wird der Oberbürgermeister gebeten, im Rahmen seiner Organisationsgewalt, eine Art **Taskforce für den Bereich Sicherheit und Ordnung im Rahmen von Zuwanderung** ... einzurichten.“ Alle die, die Situation vor Ort kennen, wissen was das heißt. Diese Taskforce wird die polizeilichen Kontrollen und Schikanen in den Flüchtlingsunterkünften verstärken sowie die BewohnerInnen noch stärker terrorisieren. So wird mit Roma, StaatsbürgerInnen von EU-Ländern, für die eigentlich „offene Grenzen, Freizügigkeit, freier Arbeitsmarkt und gleiche Rechte“ gelten, 2013 in Duisburg umgegangen. Der hoch gelobte OB Duisburgs, Link (SPD) fordert Sondergesetze gegen europäische Roma und Sinti: „Die Bundesregierung soll dafür sorgen, dass ein **Wiedereinreiseverbot endlich Realität** wird.“ Sozialdezernent Spaniel (SPD) hetzt: „Die Menschen, die hierhin kommen, stammen aus einem sozialen Umfeld, das völlig konträr zu unserem ist. Was die verstehen ist **eine deutliche Ansprache**.“ Polizeisprecher der Stadt Duisburg, van der Maat spricht unverfroren aus, um was es wirklich geht: „Selbst sozial Engagierte sagen doch, dass **nur wenige Roma integrationswillig** sind... die anderen kommen mit unserer Gesellschaft nicht klar. **Die müssen weg.**“ (junge Welt, 28. 10. 2013)

Widerstand – Gemeinsam Kämpfen – Solidarität!

Stellen wir uns an diesem 9. November den rassistischen PRO NRW Hetzern und ihren Anhängern entgegen! Protestieren wir gegen die rassistische Politik der deutschen Großmacht! Demonstrieren wir für das Recht auf Asyl, für „Grenzen auf und Bleiberecht für alle“ und für „Demokratische Rechte und Gleichberechtigung für alle“! Treten wir entschlossen gegen Antiziganismus, Antisemitismus und Islamophobie auf!

Um diesen Kampf zu gewinnen, müssen wir allerdings das **Gesellschaftssystem der BRD** insgesamt in Frage stellen. Rassismus, nationale Unterdrückung, deutscher Chauvinismus können nicht „abgeschafft“ werden, solange der Kapitalismus existiert. Nur in einer **sozialistischen Gesellschaft** werden diese Unterdrückungsmechanismen aufgehoben.

Nur im Sozialismus werden alle Werktätigen geschwisterlich, frei und gleichberechtigt eine neue Gesellschaft aufbauen!

Demo · 9-11- 2013 · 12 Uhr

Duisburg-Hamborn · Rathaus

TROTZ ALLEDDEM!

Kontakt: Postfach 48, 73550 Waldstetten
trotz.alledem@gmx.net; www.trotz-alledem.tk; November 2013
V.i.S.d.P.: H. König Kafkastr. 56, 50829 Köln